

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Gerd Mannes

Abg. Josef Schmid

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Josef Lausch

Abg. Florian von Brunn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u. a. und Fraktion (AfD)

Sofortige Abschaffung des EU-CO₂-Grenzausgleichs (CBAM) zur Sicherung der bayerischen Industrie (Drs. 19/9677)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Klimapolitik und die grüne Transformation sind ein Anschlag auf unsere Wirtschaft. Wir erleben einen Kahlschlag der gesamten deutschen Industrie. Deutsche Unternehmen verlagern die Produktion ins Ausland, und zwar in Länder, in denen es geringere oder gar keine CO₂-Kosten gibt. Was verharmlosend als "Carbon Leakage" bezeichnet wird, ist nichts anderes als der Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Hier werden nicht nur CO₂-Emissionen ins Ausland verschoben, sondern auch unser Wohlstand wird systematisch vernichtet. Laut dem Institut für Weltwirtschaft – IfW – kostet uns diese Verschiebung 1,5 % unseres Bruttoinlandsprodukts. Seit 2019 befinden wir uns in Deutschland in einer wirtschaftlichen Krise. Das ist die logische Konsequenz.

Wir haben die schlimmste Wachstumsschwäche seit dem Zweiten Weltkrieg. In Bayern liegt die industrielle Produktion immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Über 150.000 Industriearbeitsplätze sind bereits verloren gegangen. Leider kommen jeden Tag noch ein paar dazu.

Kapital wird abgezogen, 700 Milliarden Euro seit dem Jahr 2019. Der Großteil dieser Investitionen ging in die USA, wo die Unternehmen eben keine übertriebene CO₂-Steuer zahlen.

Unsere Wirtschaft leidet unter den politisch verteuerten Energiepreisen. Unsere Unternehmen werden zusätzlich mit immer neuen bürokratischen Auflagen in den Ruin getrieben. Die Beschäftigten müssen jeden Tag sinnlose gesetzliche Vorgaben beachten; zu viel Arbeitszeit fließt in Dokumentation und die Berichtspflichten.

Wir brauchen mehr Arbeitskraft für Innovationen und echte Produktivität. Diese haben wir nicht mehr. Der sogenannte CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ist nichts anderes als eine reine Verhinderungsbürokratie. Was als Schutzmaßnahme für unsere Industrie gedacht war, behindert die Unternehmen. Die EU zementiert mit dem Emissionshandel, dem CO₂-Preis und dem Green Deal den Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen. Jetzt wird versucht, den selbstgeschaffenen Schaden mit einem neuen Grenzmechanismus zu reparieren. Eine solche Verschiebepolitik ist keine Industriepolitik. Das ist eine idiotische Regulierungsspirale.

Wie funktioniert das in der Praxis? – Die Unternehmen sollen Emissionsdaten erfassen, Berichte erstellen und zusätzliche Abgaben bezahlen. 74 % der Unternehmen sagen, dass sie die notwendigen Emissionsdaten nicht vollständig vorlegen können. Hinzu kommt: Ein mittelgroßer Betrieb muss 400 Arbeitsstunden und 60.000 Euro für die Einführung aller dieser Protokolle aufwenden. Das ist ein zusätzlicher Aufwand. Dadurch verteuert sich die gesamte Lieferkette für Bayern erheblich: Stahl plus 1 %, Aluminium plus 1,4 %, Zement ungefähr plus 4 %. Das sind politisch verursachte Mehrkosten.

Hinzu kommt ein anderer wichtiger Punkt: Der Ausgleichszoll belastet zwar theoretisch die ausländischen Importe, gleichzeitig schadet er aber unseren Exporten. Warum ist das so? – Unsere Unternehmen zahlen weiter CO₂-Kosten, aber auch die höheren Preise für Vorprodukte und Bürokratie, wenn die Ware aus dem Ausland kommt. Die

Wettbewerber außerhalb der EU haben diese Belastungen nicht und sind daher im Vorteil.

Der CO₂-Zoll war ursprünglich als Strafzoll gedacht. Er richtet sich aber auch gegen unsere eigene Industrie. Ich stelle fest: Mit jeder grünen Vorschrift, die wir hier erfinden, wächst der Druck auf Unternehmen, Deutschland zu verlassen. Das ist Fakt. Statt die eigene Industrie zu schützen, drängt die CO₂-Politik, die Sie alle betreiben, die Unternehmen zur Abwanderung. Die Klimapolitik ist nichts anderes als ein weiterer Sargnagel für die deutsche Wirtschaft. Genau deswegen fordern wir die Abschaffung dieses CO₂-Grenzausgleichssystems.

Die Staatsregierung muss sich auf allen Ebenen gegen diesen Irrsinn einsetzen. Wenn Sie heute nicht auf die AfD hören wollen, dann hören Sie wenigstens auf den BDI und die IHK. Alle wichtigen Verbände kritisieren dieses Bürokratiemonster, wie es momentan geplant ist. Stimmen Sie unserem Antrag zu, dann hat die Industrie eine Sorge weniger.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union hat CBAM nach einer mehrjährigen Übergangsphase seit dem Jahr 2023, in der nur Berichtspflichten gegolten haben, ab 2026 als vollwirksames CO₂-Grenzausgleichssystem eingeführt. Gegen diese Berichtspflichten gehen wir inzwischen ebenfalls aus guten Gründen vor. Bei diesem CBAM geht es darum, Wettbewerbsverzerrungen für EU-Unternehmen zu vermeiden, weil Produzenten in Drittstaaten ohne vergleichbare Klimaschutzauflagen produzieren. Meine Damen und Herren, dieses Ziel ist richtig.

Dieses Ziel ist aus ökonomischen Gründen unterstützenswert. Wir brauchen ein Level Playing Field im internationalen Handel und Investitionsanreize zur Dekarbonisierung energieintensiver Industrien. Wir müssen außerdem auch den klimapolitischen Effekt des EU-Emissionshandels durch eine Ausweitung der Preissignale auf Importe erhöhen. Diese Zielsetzungen sind richtig. Was man bemängeln konnte, war der Bürokratieaufwand bei den Berechnungen und beim Nachweis von Emissionen. Dadurch sind natürlich Wettbewerbsnachteile für Exporteure entstanden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, um diesen Bedenken der AfD entgegenzuwirken, gibt es bei der EU das Omnibuspaket. Dabei wurden Schwellenwerte und einfachere Verfahren eingeführt, durch die insbesondere kleine und mittlere Importeure entlastet werden, ohne die ökologische Lenkungswirkung des gesamten Instruments substantiell zu schwächen.

Konkret wurde deshalb ein kumulativer Schwellenwert von 50 Tonnen pro Importeur eingeführt. Dadurch werden zwar 90 % der Importeure von den Pflichten befreit, trotzdem deckt dieser Schwellenwert 99 % aller Emissionen ab. So ist es richtig. Das nennt man eine Politik, die ihre Zielsetzungen im Auge behält, aber mit Augenmaß vorgeht. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Gerd Mannes von der AfD-Fraktion vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Schmid, Sie haben die realen Probleme eingestanden. Die Unternehmen beschwerten sich auch darüber. Ich möchte aber trotzdem ganz klar sagen: Sie unterstützen eine EU-Politik, die den Irrsinn des Emissionshandels und der CO₂-Bepreisung und den Green Deal einführt. Das bedeutet große Wettbewerbsnachteile und Bürokratie. Jetzt versuchen Sie, den ganzen Irrsinn, den Sie eingeführt haben, mit diesem Grenzmechanismus zu reparieren. In meiner Rede habe ich das als idiotische Regulierungsspirale bezeichnet.

Dagegen hilft doch kein Omnibuspaket. Wissen Sie, was hier helfen würden? – Die Motorsäge. Schließen Sie sich uns an und sagen Sie: Wir schaffen den ganzen Irrsinn, den wir eingeführt haben, wieder ab: CO₂-Bepreisung, Green Deal und Emissionshandel. Das wäre die richtige Politik.

(Beifall bei der AfD)

Josef Schmid (CSU): Herr Kollege, Sie sind Ingenieur. Wären Sie Wirtschaftswissenschaftler, wüssten Sie, dass der CO₂-Emissionshandel genau das Instrument der sozialen Marktwirtschaft ist, um ökologische Effekte bei Unternehmen zu internalisieren. Deswegen habe ich eingeräumt, dass ohne diese Schwellenwerte eine bedenkliche Bürokratie entstehen würde. Ich sage es aber noch einmal: Mit den Schwellenwerten werden 90 % der Importeure von den Pflichten befreit, aber gleichzeitig 99 % der Emissionen abgedeckt. Das ist eine wirksame CO₂-Reduzierungspolitik.

(Beifall bei der CSU – Gerd Mannes (AfD): Die Unternehmen sind ausgewandert! Verstehen Sie das nicht?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Emissionshandel der EU ist ein zentraler Pfeiler und ein wirkliches Erfolgsmodell beim Klimaschutz. Herr Mannes von der AfD hat heute einen Dringlichkeitsantrag gestellt und behauptet, das würde alles nichts, die Szenarien des Klimaschutzes wären alle falsch. Tatsache ist aber, der Emissionshandel funktioniert. Durch ihn wurden Millionen Tonnen CO₂ reduziert. Es passt der AfD einfach nicht ins Konzept, dass der Klimaschutz funktioniert.

Gerade unsere energieintensiven Branchen, für die wir CBAM, das Europäische CO₂-Grenzausgleichssystem, geschaffen haben, profitieren davon. Das betrifft Unternehmen für Aluminium, Eisen, Stahl, Düngemittel, Strom, Wasserstoff und Zement. Diese

energieintensiven Branchen profitieren vom CO₂-Grenzausgleichssystem, wenn die Preise für fossile Energien durch die Decke gehen. Ein Teil dieser Unternehmen hat bereits auf grünen Strom umgestellt. Das hat diesen Unternehmen geholfen.

Herr Kollege Schmid hat schon ausgeführt: Dieses CO₂-Grenzausgleichssystem ist zentral. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat ganz klar gesagt: Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Wir brauchen dieses Level Playing Field, damit hier eben nicht jemand mit mehr Aufwand grünen Stahl produziert, und dann kommt der Importeur, der grauen klimaschädlichen Stahl hat, und könnte das Ganze billiger anbieten. Da brauchen wir diesen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Er ist jetzt ab 2026 scharf gestellt. Das wird ganz langsam erhöht. Von daher gesehen ist ganz klar: Wir müssen diesen Weg weitergehen. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Gerd Mannes, AfD-Fraktion, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben gesagt, die CO₂-Emissionen wurden reduziert. Das ist richtig, da gebe ich Ihnen recht; sie wurden in Deutschland reduziert. Und was ist passiert? – Die Industrie hat hier Produktion verloren, ist ins Ausland abgewandert, in die USA oder nach China. Da wurde dann eben mehr CO₂ ausgestoßen.

(Florian von Brunn (SPD): Sie reden so einen Unsinn!)

CO₂-Emissionen wurden also nicht weltweit reduziert, sondern in Deutschland. Wir haben Wertschöpfung verloren, sie ist ausgewandert.

Jetzt habe ich eine Frage. Sie haben vorhin gesagt "grauer Stahl". Jetzt passen Sie auf: Wir produzieren hier grünen Stahl. Dafür gibt es aus meiner Sicht weltweit keinen Bedarf. Aber nehmen wir einmal an, wir würden das für Europa so machen, dann

könnten die Chinesen immer noch, weil sie ja einen Strommix haben, behaupten, sie hätten ihren Stahl mit Wasserkraft produziert – und dann ist der plötzlich auch grün. Wie wollen Sie das in Zukunft verhindern?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Ihrer ersten Aussage, dass es immer heißt, es wird alles nur teurer. – Das ist einfach falsch. Zwei Drittel unseres Stroms sind mittlerweile grün. Das senkt die Börsenstrompreise. Wenn Sie da einmal hinschauen, dann wird es ganz klar.

Natürlich muss man dann sehen, wie wir den Mechanismus gestalten können. Ich kann dem Kollegen Schmid auch recht geben, dass der Mechanismus natürlich bürokratiearm sein soll. Aber genau das haben wir jetzt schon ein Stück weit umgesetzt und für diese Fragen eben auch Lösungen gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke. – Nächster Redner ist der Kollege Josef Lausch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es bei dem sogenannten CBAM überhaupt? – Ein Grenzausgleichsmechanismus der EU im Bereich CO₂ soll verhindern, dass Unternehmen ihre Produktion in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen verlagern. Ziel ist es, dass europäische und außereuropäische Hersteller vergleichbare CO₂-Kosten tragen.

Warum wäre das Instrument grundsätzlich sinnvoll? – Es soll für europäische Unternehmen fairere Wettbewerbsbedingungen schaffen. Es soll energieintensive Industrien vor Wettbewerbsnachteilen schützen. Es soll klimafreundliche Produktionsmethoden auch außerhalb der EU fördern.

Ich sage es wirklich nicht gern, aber auch ein blindes Huhn findet mal ein Korn. Ein bis zwei Kritikpunkte im Antrag der AfD sind durchaus nicht verkehrt: hoher bürokratischer Aufwand für Unternehmen, umfangreiche Dokumentationen und Berichtspflich-

ten, schwierige Beschaffung von Emissionsdaten aus internationalen Lieferketten usw. usf.

Wir sind da dran. Die EU hat schon auf die berechtigte Kritik reagiert: Einführung einer 50-Tonnen-Schwelle, vereinfachte Berichts- und Nachweispflichten, weniger Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen, Überarbeitung im Rahmen des EU-Omnibuspakets zum Bürokratieabbau. Zugegebenermaßen ist da aber noch Luft nach oben.

Aber, wieder typisch AfD: Dieser Antrag schießt weit übers Ziel hinaus. Eine Abschaffung des kompletten Mechanismus wäre nicht zielführend und wäre ein klassisches Eigentor. Es besteht zugegebenermaßen Handlungsbedarf. Es ist Luft nach oben. Aber abzuschaffen, wäre eine Dummheit – passt aber dann wieder zur AfD. Der Antrag ist natürlich abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Es ist wieder ein typischer Klimawandel-Leugner-Antrag der AfD. Wir als SPD sind für Klimaschutz, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem AfD-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen!

– CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? –
Liegen nicht vor. Der Antrag ist abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn unserer Sitzung bekannt gegeben, entfällt Tagesordnungspunkt 18.